

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßwaren- u. Keksindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Erste Erscheinung jeden Donnerstag 1918
Redaktionsbüro Montag morgen 10 Uhr

Insertionspreis pro dreizehnger Zeile 50 Pfg., für die Zustellen 30 Pfg.

Beständiger Weg, gleiches Ziel

Solange wir eine moderne Arbeiterbewegung haben, lassen sich darin die verschiedenartigsten Schattierungen und Strömungen deutlich unterscheiden. Zum Schaden der Arbeiterbewegung haben sich diese verschiedenen Richtungen von jeher aufs heftigste bekämpft, und auch noch heute dauert dieser unheilvolle Bruderkampf fort. Die ablehnenden Einzelheiten dieses Streites im eigenen Lager sind zu bekannt, als daß man noch nötig hätte, sie besonders zu schildern. Es gibt ja leider überall Leute, die mit Vorliebe den Kampf gegen die eigenen Klassengenossen führen, anstatt sich mit ihnen zur Bekämpfung der Gegner zusammenschließen. Daß sie dadurch den gehohlenen Feinden der Arbeiterbewegung, den Ausbeutern, Schanzmachern und Rückwärtlern, Waffen auf die Mühle liefern und ihnen zugleich eine große Freude bereiten, leuchtet ohne weiteres ein. Man braucht nur die Zeitungen dieser Leute zu lesen und ihre Reden anzuhören, um zu erkennen, wer den weißen Vorhang von der Ersplitterung des Proletariats hat. Leider mangelt es auch in den Kreisen der Führer an Einsicht, daß jede Uneinigkeit in den Reihen der Proletarier den Aufstieg des Proletariats hindert und dem Ausbeuterium zugute kommt.

Die Entwicklung, die unsere Verhältnisse während des Krieges genommen haben, hat dazu geführt, daß überall in der Arbeiterbewegung Unstimmigkeiten und Meinungen zutage getreten sind. Ein Beispiel von der Uneinigkeit der Arbeitermassen bietet der jüngste Versuch eines Generalstreiks der Mühlungsarbeiter. Es herrschte Uneinigkeit über die Ursachen und die Ziele der Arbeitsniederlegung, über die Dauer und die Art der Streikführung, über die Pflicht zur Teilnahme, kurz, es war ein wahrer Wirrwarr zu bemerken. Ohne eine einheitliche Leitung, ohne Mitwirkung der Arbeiterorganisationen, ohne eine einheitliche Parole traten an einigen Orten Deutschlands Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen in den Streik, während an anderen Orten wieder alles ruhig blieb. Man kennt die Vorgänge, und man wundern sich nicht, daß eine denartig gesplitterte Bewegung im Grunde verliert. Hinterher traten dann noch die christlichen und kirchlich-demokratischen Verbände — von den Selben ganz abgesehen — mit Erklärungen an die Öffentlichkeit, in denen sie den Streik aufs entschiedenste verurteilten. Diese tatsächlichen Differenzen werden von den Gegnern des Proletariats mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, die Schanzmacherei fasst sie bereits auf die Zeit, in der sich die verschiedenen Richtungen wieder bis aufs Messer bekämpfen, in der, wie es in einer Schanzmacherzeitung hieß, die Revisionisten und die Modikalen, die „Christen“, die „Kirche“ und die „Freien“ sich gegenseitig wieder angepöbeln. Die Grobheiten an den Kopf werfen. Diese ersehnte Zeit wird nach der Meinung dieser Leute wiederkommen, wenn der Krieg vorbei ist und dann können sich unsere Gegner vergnügen die Hände reiben. Es besteht leider wenig Aussicht, daß sich die Dinge anders entwickeln werden; denn die Kampfphäre in den verschiedenen Lagern tieben bereits mit gekrümmten Schwanzfedern da um sich bei erster beher Gelegenheit wieder mit Schmäkeln und Krallen zu zerfleischen.

Diese gegenseitige Verfleischung unter den Angehörigen derselben Klasse erleichtert natürlich den Schanzmachern und Rückwärtlern die Arbeit; denn sie lassen sie sich dadurch nicht in Sicherheit wagen. Da ist es in erster Linie die „Deutsche Arbeiterzeitung“, die als Muster im Streit ihre Klassen- und Gesinnungsgenossen warnt, sie möchten sich durch den Schleier dieser äußerlichen Verschiedenartigkeit in der Arbeiterbewegung nicht blenden lassen. Es ist notwendig, der Bewegung auf den Grund zu gehen und hinter aller Ungleichheit den

Ostern 1918

Es stößt die Natur zum Auferstehungsfeste,
und in des Buchenheimes Säulenhallen
läßt schon ein Vortrupp leichtbeschwingter Lärche,
im Freude trunken, Lied auf Lied erschallen.
Des Winters Sorge haben sie verkannt,
voll froher Hoffnung singen sie dem Leben,
der Welt den Laß, die sie nicht mehr gekannt,
dem schönen Dasein sind sie neu gegeben.
Sie lieben das Leben voll Inbrunn und Macht
und leben vor allem der Liebe,
sie preisen die Sonne und hoffen die Nacht
und folgen nur heiligem Triebe.
Allüberall dort, wo der wärmende Strahl
malt goldene Tappe auf Wegen,
dort jubelt die Lust, die glückliche Schar,
dem kommenden Tage entgegen.

Wie hast du sonst, o Menschchen,
dich gleicher Laß dem hingeeben!
Wie wuschst du frei von allem Schmerz,
wie hobst dich deine Kraft zum Streben,
wenn nur der erste Frühlingstrang
die Welt durchzog? Wenn frei und froh
du selbst dem Lein entgegenstehst
und deine Brust dem Märzesturm botst.

Du kannst es heute nicht, das furchterliche Schlachten,
der Mordlust, der die Welt befallen,
läßt taubelos in Sehnsucht dich verschmachten,
der Zweifel an der Welt hält dich in feinen Fesseln.

Und doch! Verzweifeln nicht! Die Auferstehung kommt!
Verleere nur nicht selbst den Glauben!
Was dir und uns und allen frommt:
Du sollst zuerst an dich noch glauben!
An dich zuerst und deiner Kraft vertrauen!
Dann wirst du Kraft und Glauben finden,
voll Zuversicht auch in die Zukunft schon
und einen Kranz der Hoffnung dir noch winden.
Du mußt den Trieb zum Auferstehen hegen,
denn halte heilig dir der Hoffnung Licht!
Die Toten sollst du zu den Toten legen —
den Glauben an den Sieg der Menschheit nicht!

Felix Weidner

gleichen Kern aufzuspielen. Der Kern sei eben die proletarische Massenmeinung, die den Ober- und Mittelschichten im allgemeinen und dem Unternehmertum im besonderen durchaus feindlich sei. „Erfst von hier aus“, lesen wir in einem Artikel der „Arbeiterzeitung“, „gewinnen wir den richtigen Heberblick über das Reich, das in Wirklichkeit die ganze demokratisch-sozialistische Arbeiterbewegung umspannt. Mag sich diese nie immer entleeren, mag sie ihre Krallen zeigen oder uns Sumpfschnecken vorpiegeln, überall werden wir letzten Endes auf ganz ähnliche Grundgedanken stoßen. Die verführerische Vorstellung, daß der Mensch nicht durch Fleiß und Umsicht, sondern allein durch geistliche Organisation, durch die Kraft der Masse ein behagliches Dasein erringen könne, bildet den eigentlichen Ausgangspunkt. Man nimmt die immer wiederkehrende Parole: verweigert sich ihr nicht, vereinnahmt alles, im wörtlichen Sinne und vertritt darauf, daß man auf die bequemste Weise, einfach durch einen Zusammenschluß mit den Genossen, zunächst

mit den Deutschen, dann aber auch mit den Ausländern, der Notwendigkeit, sich selbst anzupassen, so weit als möglich erhaben werden kann. Wegen den Individualismus geht der Kampf, die Persönlichkeit ist nicht, die Masse alles! Diese Idee wird ergriffen durch die Theorie der allgemeinen menschlichen Gleichheit, ja sie wird erst durch diese ermöglicht, weil natürlich in einer Gesellschaft von immer gleichen Individuen die Bedeutung der Persönlichkeit vollkommen verschwindet. Daher hört auch jede Ordnung nach Rang und Verdienst, jede Disziplin, jede Anerkennung überlegener Führerschaft auf, mit der einzigen Ausnahme, welche sich die Demagogen selbst vorbehalten, deren Herrschaft, und sie ist nicht die mildeste, allein übrig bleibt. Auf den Klassenkampf ist die ganze Bewegung eingestellt, und man vergegenwärtige sich, was es bedeutet, wenn der Begriff der Klasse aus der Gesellschaft und aus dem ganzen Völkerverleben verschwinden soll. Eine Gleichmacherei, nicht nur zwischen den Angehörigen ein und derselben Nation, sondern zwischen allen Nationen (bis zu den Potentaten) wird angestrebt, die natürlich für den Augenblick der Menschheit ein Leben voll Glück und Wohlgehen in Aussicht stellt, jeder Fortentwicklung und jedem Wachstum aber ein Ende bereitet. Zugleich würde eine Umwandlung, wie sie all diese Sozialisten, jeder Färbung und Richtung, herbeiwünschen, nur möglich sein, wenn mit allem Verkommen, mit Religion, Einn, Familie, Staatsform, gründlich aufgeräumt wird.“ In diesem Sammelurteil von Wahren, Hoffmann und Gangschäfer erblickt der Kritiker den Kernpunkt der Arbeiterbewegung. So verschiedenartig auch die Theorie und die Politik der einzelnen Gruppen und Richtungen sei, so verschiedene Wege sie auch einschlagen, das Ziel sei doch überall das gleiche: die radikale Vernichtung aller Kulturideale, des Fortschritts unseres Lebens in allen Materialismus und der Untergang der Menschheit. Es blüht eben ein unüberbrückbarer Zwiespalt zwischen Arbeiterbewegung und hungerlicher Gesellschaft, der ein friedliches Zusammenarbeiten unmöglich macht.

Wir haben nicht nötig, unsern Lesern auseinanderzusetzen, welche haarsträubender Unsinn in diesen wenigen Sätzen enthalten ist. Der Kritiker selbst entwirft das bekannte Herrbild einer sozialistischen Gesellschaft, das den Reich der Weisheit längst verloren hat, aber allen Richtungen zum Trost noch immer in den Köpfen verbohrt. Sozialistenkreier spukt. Da er unbeherrschbar ist, vergnügen wir darauf, auch nur ein einziges Wort an die Widerlegung seiner Behauptungen zu verschwenden. Aber das müssen wir sagen: in dem Grundgedanken hat er recht, die moderne Arbeiterbewegung entspringt aus einer gemeinsamen Quelle, dem Klassen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, und sie hat auch ein gemeinsames Ziel, die Beseitigung der Klassencheidung und die Herbeiführung einer wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Einheit aller Menschen. Dieses Ziel, die Hebung der Menschheit auf eine höhere Stufe der Entwicklung durch Schaffung besserer Verhältnisse und besserer Menschen, schneidet jedem proletarischen Kämpfer vor Augen. Einmal, ob er die Ursache des proletarischen Elends deutlich erkennt oder ob er sie nur gefühlsmäßig empfindet, einmal, ob er sich das Ziel weiter und höher stellt, oder ob er es auf das Nächstliegende, die Verbesserung seiner Lebenslage, beschränkt; in jedem Falle handelt es sich um den Aufstieg von unten nach oben, um das Fortschreiten von ungünstigen zu günstigen Lebensbedingungen. Dieser proletarische Klassenwille, der nicht etwa durch Verheißung künstlich erzeugt werden kann, sondern naturgemäß aus den vorhandenen Klassenverhältnissen hervortritt, wohnt mehr oder minder stark ausgeprägt in jeder Arbeitergruppe, mag sie sich zu dem Gedanken des Klassenkampfes stellen, wie sie will. Und mögen auch die Mittel und Wege zu dem Ziele noch so verschieden sein, ein-

mal müssen sie doch zusammenlaufen, und einmal muß sich das Proletariat doch zu einer einheitlichen Kampftruppe zusammenschließen. Das ist die Angst, die das Ausbeutertum verspürt; das ist aber auch die Hoffnung, die die Herzen der Proletarier erfüllt. Hinter allen Verschiedenheiten und Bänkereien taucht doch immer wieder das große, erhabene Ziel auf: die Befreiung der Menschheit aus geistiger und materieller Engherzigkeit. Und dieses Ziel werden alle sozialistischen Goldstreiber nicht auslösen oder verdunkeln, den Vorwärtsschritt auf dieses Ziel wird keine Macht der Welt aufhalten. Wer diese Gemüthsheit in sich trägt, der findet seine Aufgabe darin, die verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung in einen einheitlichen starken Strom zu lenken und alle Heindlichen Differenzen beiseite zu schieben.

Der Verbandsauschuss und die Einberufung der 14. ordentlichen Generalversammlung.

Der Verbandsauschuss übermittelte der Redaktion nachfolgende Zeilen:

Nach der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes findet am 6. Mai und die folgenden Tage in Leipzig der im Jahre 1916 fällig gewesene Verbandstag statt. Hierzu hat der Verbandsauschuss folgendes zu erklären:

Unter Bezugnahme auf die Abhaltung des Verbandstages 1916 fand der Verbandsvorstand am 26. Oktober 1915 an den Ausschuss:

Unsere Sitzung hat beschlossen und will Eure Mitgenehmigung dazu einholen, daß im Jahre 1916 der ordnungsgemäße Verbandstag unterer Gewerkschaft nicht stattfinden kann. Er kann deshalb nicht stattfinden, weil derselbe nur ein Kumpfparlament sein würde; denn er würde nur von 35 Delegierten zu repräsentieren sein; aber es ist auch nicht zu verantworten, daß wir alle zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder rechtlos machen. Deshalb müssen wir den Verbandstag vornehmlich bis zum Jahre 1917 hinausschieben. Wenn der Ausschuss dazu seine Zustimmung gibt, werden wir diesen gemeinsamen Beschluß durch Zirkular oder in der Zusammenkunft der Geschäftlichen bekannt geben und anfragen, ob man überall mit dieser Maßnahme einverstanden ist.

Die durch den Krieg bedingten Verhältnisse veranlassen den Verbandsvorstand, auch im Jahre 1917 keinen Verbandstag abzuhalten. Er hat sich damals am 23. Oktober 1916 an den Ausschuss:

Wenn sich in nächster Zeit die Kriegslage nicht ändert, soll auch für das Jahr 1917 noch kein Verbandstag in Aussicht genommen werden. Wir müssen uns sagen, daß es gar nicht möglich ist, während des Krieges einen Verbandstag abzuhalten, zumal derselbe bei der jetzigen Mitgliederzahl noch höchstens von 25 Delegierten besucht sein könnte.

Der Verbandstag könnte aber auch nicht gleich die ersten Wochen nach Kriegsende stattfinden; denn die aus dem Felde zurückkehrenden Mitglieder brauchen schon etwas Zeit, sich nach so langer Kriegsdauer wieder in ihre Arbeit und in die Organisation einzufinden, und die nach dem Krieg sich vollziehenden Umwälzungen werden ganz erheblich sein, so daß eine Zeit von einigen Monaten vergeht, ehe man klar sehen kann, was die Zukunft bringt. Es muß man schon mit dem Verbandstage solange warten muß, bis dieses Uebergangsstadium beendet ist.

In beiden Fällen erklärt sich der Verbandsauschuss mit der Meinung des Verbandsvorstandes einverstanden. Am 21. Februar dieses Jahres fand in Hamburg eine Delegiertenkonferenz statt, die sich mit der Abhaltung eines Verbandstages in diesem Jahre beschäftigte. Nach eingehender Diskussion konnte die Konferenz und der Ausschusspräsident die Abhaltung des Verbandstages in diesem Jahre mit Rücksicht auf die Kriegslage nicht zustimmen. Der Ausschuss beruft sich auf den Verbandsvorstand den Verbandstag ein und in einer Zeit, daß es sehr schwer fallen wird, die notwendigen Vorarbeiten zu erledigen.

Der Ausschuss verkennt nicht, daß wichtige zusammenhängende Fragen erledigt werden müssen; aber hierzu bedarf es keines Verbandstages. Der Verbandsvorstand mit dem Ausschuss hat bisher sehr wohl in der Lage, alle anstehenden Fragen zu erledigen. Dem Ausschuss ist nicht bekannt, daß deswegen die Mitglieder im Lande mit der Abhaltung des Verbandstages und des Ausschusses nicht einverstanden sein werden. Die Frage der Vertagung und Konstituierungsgesamtheit wäre in der beschriebenen Form durch Verhandlung zu erledigen gewesen; dazu bedurfte es keines Verbandstages, der heute noch mehr als im Jahre 1916 nur ein Kumpfparlament sein wird. Gegenüber dem letzten Central 1916 haben wir mit Jahresbeginn 1917 200 Mitglieder weniger in der Statistik. Die Zahl der in Anwesenheit erschienenen Mitglieder ist gegen damals ganz bedeutend gesunken, aber heute sind wir noch größer als bei dieser letzten Statistik.

Das Central enthält Gemeindefürsorge, Verbandsfragen, Aufgaben usw. und nicht eingehend sein. Wir haben ausschließlich unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Mitglieder den Verbandstag abgehalten. Kollege Allmann von seinen Seiten zu hören. Aber hierzu hat er zweifellos die ungegenügende Zeit gewählt. Vor dem Kumpfparlament oder der Vertagung des letzten Central der Ausschuss muß er Rechenschaft abgeben; aber wie kann es sein, daß er die Zeit für die Vorbereitung im Kriegsjahre, wenn er in die Stadt zurückkehrt?

Wenden diese Kollegen die Möglichkeit an, daß man sich über die Kriegsverhältnisse befragt? Der Ausschuss ist der Meinung, daß das General nicht einverstanden ist.

In der Frage des Kriegs- und Sonntagsbrotverbotes haben wir noch vor uns. Was soll der Verbandstag hierzu sagen?

Was uns die Kriegslage noch alles bringen wird, wer will das voraussagen? Nach dem Verbandstage wird es

wieder Verhandlungsstand und Ausschuss sein müssen, die in allen Fällen, wo es notwendig wird, die Interessen der Organisation wahrzunehmen haben, unbeschadet, ob sich dies mit dem Staat durch außerordentliche Zeiten erfordert auch außerordentliche Maßnahmen, und jeder Tag kann die Verhandlung vor Tatsachen stellen, wo sofort gehandelt werden muß.

Der Verbandstag ist deshalb in sachlicher Hinsicht zwecklos, und der Verbandsvorstand hätte sich diese kostspielige „Parade“ ersparen können zum Nutzen der Organisation.

Der Verbandsauschuss.

J. A. Josef Diermeier, Vorsitzender.

Auf die Auslassungen des Verbandsauschusses hat der Verbandsvorstand folgendes zu erwidern:

Die Stellungnahme der Mehrheit des Verbandsvorstandes im Oktober 1915 und 1916 in bezug auf die Abhaltung eines Verbandstages war allerdings eine andere als heute; damals hoffte der Verbandsvorstand noch immer auf einen Abschluß des Krieges für 1916 respektive 1917. Er wurde jedoch zweimal in seinen Erwartungen getäuscht — wie alle Welt —, und heute muß er mit der Möglichkeit rechnen, es ein drittes Mal zu werden, wenn er wieder die Einberufung des Verbandstages verschoben würde. Inzwischen hat sich aber auch die Lage des Verbandes im allgemeinen ganz gewiß und nicht zum Besten verändert, und der Verbandsvorstand mußte trotzdem für eine Reihe der schwerwiegendsten Beschlüsse, die in der ersten Kriegszeit unter dem Druck der Verhältnisse gefaßt worden waren, die Verantwortung weiter tragen, ohne auf einem Verbandstage Rechenschaft über seine Tätigkeit ablegen zu können und ohne daß ihm Entlastung erteilt worden wäre. Wenn er trotzdem sich zweimal entschloß, den Verbandstag zu vertagen, so geschah es allerdings in erster Linie mit dem Grunde, daß die im Felde stehenden Kollegen ihres Mitsprachungsrechtes nicht verlustig gehen sollten. Überdies kann auch heute noch kein Mensch die Gewähr übernehmen, daß namentlich im nächsten Jahre — 1919 — bereits alle Kollegen der Organisation wieder zur Verfügung stehen werden. Dazu kommen jetzt außerdem Umstände, die vor 1915 und 1916 noch gar nicht vorhanden waren und die dem Verbandsvorstande namentlich Veranlassung geben mußten, unter allen Umständen den Verbandstag einzuberufen. Am Verbandsorgan ist bereits auf die dringende Notwendigkeit einer Sanierung der Finanzverhältnisse genügend hingewiesen worden, wenn wir kommenden Kämpfen ausreichend gerüstet gegenüberstehen wollen; auf Einzelheiten braucht deshalb hier nicht nochmals eingegangen zu werden. Jedenfalls lassen sich die Maßnahmen auf diesem Gebiete — darüber wird wohl der Verbandsauschuss mit uns einer Meinung sein — nicht mehr auf unbestimmte Zeit hinausschieben. Die vorgezeichneten Veränderungen im Kriegsgewerbe sind jedoch zu weitgehender Natur, daß über ihre Einführung ein Verbandstag, und schließlich in sich demokratischem Sinne noch eine Abstimmung stattfinden sollte, sobald der Verbandstag selbst eine solche für angezeigt hält.

Weiter haben wir heute in bezug auf das Nachtbrotverbot immerhin etwas Greifbares in der Hand als in den Vorjahren, und wir halten — entgegen dem Verbandsauschuss — gerade jetzt den Zeitpunkt für gegeben, daß die soziale Vertretung der heimischen Bäckereiarbeiter auch einmal vor der Öffentlichkeit erklärt, was ihr die restlose Abschaffung der Nachtarbeit bedeutet, sowie daß der Verband entschlossen ist, unter allen Umständen und mit allen Mitteln die Erhaltung des Nachtbrotverbotes zu erkämpfen. Eine solche Kundgebung ist schon deshalb notwendig, damit auch die Gesamtarbeiterschaft Deutschlands noch mehr als bisher den Kampf der Bäckereiarbeiter um Krieg und Sonne zu dem ihrigen macht.

Ein weiterer wichtiger, wenn auch nicht ausschlaggebender Grund für die beschlossene Einberufung der Generalversammlung betrifft den Ablauf unseres Reichstags mit dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine. Der Verbandstag und die besonderen Vertreter der Gewerkschaftsarbeiterschaft werden sich darüber auszusprechen müssen und wollen, ob der Kampf jetzt wirklich zum Jahre 1919 geführt werden soll oder ob es nicht doch im Interesse der direkt beteiligten Kollegen liegt, ihn zunächst noch weiterlaufen zu lassen und später in bezug auf die abnormen Verhältnisse der Gegenwart weitere zeitliche Vereinbarungen zu treffen.

Und schließlich hat ja der Verbandsauschuss selbst noch angeführt (was bisher im Verbandsorgan noch nicht deutlich zum Ausdruck kam), daß der Verbandsvorstand Kollege Allmann die bestimmte Erklärung abgegeben hat, was im Laufe dieses Jahres aus dem Vorstande auszuscheiden zu wollen. Diese Erklärung Allmanns hat niemand mehr bedauert, als der Verbandsvorstand in seiner Gesamtheit; er steht jedoch vor gegebenen Tatsachen, und muß eine Neuerrichtung der Verbandsleitung so bald als möglich durchzuführen. Die Erledigung dieser Aufgabe wiederum nur ihm — dem Verbandsvorstand — in Verbindung mit dem Ausschuss zu überlassen, diesen beiden freizustellen, einen Vorsitzenden provisorisch einzusetzen oder den Posten vorläufig ganz unbelegt zu lassen, halten wir wieder vom demokratischen Standpunkt aus durchaus nicht für zulässig. Man darf und sollte sich nur damit abfinden, wenn bloß eine kurze Zeit (vielleicht einige Monate) in Frage käme, ehe eine Endregelung erfolgen kann.

Allen diesen Gründen wären noch verschiedene zweiter Natur anzufügen; wir wollen aber nur noch kurz auf die durch die Kriegslage veranlaßten Unterstützungsfragen (Zammlerunterstützung, hiesigen sowie auf eine notwendige und endgültige Regelung der Konsumvereine für unsere Angehörigen. In beiden Fragen mußte der Verbandsvorstand gleichfalls immer während der langen Kriegsdauer Rücksicht nehmen, und nur im Einvernehmen mit dem Verbandsauschuss handeln. Eine Frage ist es jedoch nicht, daß hierüber auch einmal die Mitglieder selber durch ihre Vertreter zu Worte kommen.

In bezug auf das Aufschieben des Verbandstages vom 23. Oktober 1916 erklärt Kollege Allmann, daß die Vertagung als nachteilig angesehen höchstens von 25 Delegierten, die in Betracht kommen könnten, auf einem demotivierten Schiedsrichter beruhen müßte; es hätte richtiger eine „Abschätzung“ sein müssen. Das geht schon daraus

hervor, daß jetzt ja noch 35 Delegierte gewählt werden können.

Zu den Ausführungen des Verbandsauschusses über die Rechtsnachfolge der im Felde stehenden Mitglieder (die ja vom Verbandsvorstand auch selber lange Zeit in Rechnung gestellt wurde) wäre außerdem zu bemerken, daß bei noch längerer Hinausschiebung eines Verbandstages die nähere Ueberlegung zu der Ueberzeugung führen muß, daß aber auch eine schwere Rechtsnachfolge der im Lande befindlichen Mitglieder in Frage kommt. Darauf ist bisher kein besonderer Wert gelegt worden; aber wenn das Ende des Krieges noch immer auf sich warten läßt, wird auch dieser Umstand immer drückender empfunden werden. Uebrigens sind ja die Feldgrauen leider bei der Erledigung aller schwebenden Fragen durch eine bloße Abstimmung gleichfalls ihrer Verbandsrechte beraubt; denn ihr Stimme müßte keineswegs, wie es bei der Frage des Nachtbrotverbotes möglich war, eingeholt werden können.

Die Gründe, die gegen die Einberufung eines Verbandstages im Kriege sprechen, sind also vom Verbandsvorstand, wo gerade die Schreiben vom Verbandsorgan an den Ausschuss beweisen, immer hoch bewertet worden. Wenn er jetzt trotzdem seine frühere Stellungnahme geändert hat, so wird die Mehrheit der Mitglieder bei ruhiger Prüfung der heutigen Lage dies sicher gutheißen.

Ueber die weitere Zusammenlegung von Bäckereibetrieben

Wird aus Berlin nachstehende Mitteilung in der Tagespresse verbreitet: „Infolge des außerordentlichen Mangels an Kohlen hat es sich in den vergangenen Monaten als unbedingt erforderlich erwiesen, in verschiedenen örtlichen Zusammenlegungen der Bäckereibetriebe durchzuführen. Da die Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Kohlenversorgung ungeachtet sehr eingreifender Beschränkungen des Wirtschaftslebens, leider noch nicht behoben werden konnten und die Bäckereien im Kohlenverbrauch der Städte und Ortschaften eine beträchtliche Rolle spielen, erschien es geboten, die Möglichkeit einer weitgehenden Kohlenersparnis durch weitere wirtschaftsorganisatorische Maßnahmen im Bäckereigewerbe zu verfolgen. Die vorzunehmenden Maßnahmen werden wie bisher unter Mithilfe der Kriegsamtsstellen den Kommunalverbänden überlassen. Durch Aufstellung gewisser Richtlinien ist aber eine gleichmäßige und den berechtigten Interessen des Bäckereigewerbes Rechnung tragende Durchführung ermöglicht worden. Nach Erörterung mit Vertretern des Bäckereigewerbes erscheint es zunächst geboten, daß dort, wo die Bäckereien mit Holz oder Torf geheizt werden, oder von der Kohlenheizung zur Torfheizung übergegangen werden kann, eine Zusammenlegung der Bäckereien, die ja der Kohlenersparnis wegen vorgenommen wird, unterbleibt. Bei der Verteilung der Frage, in Bäckereien welcher Art der Kohlenverbrauch unerschwinglich groß ist, sollen die erforderlichen Unterlagen durch eingehende Erörterungen mit Sachverständigen und durch Prüfung jedes einzelnen Falles gestellt werden; insbesondere soll nicht davon ausgegangen werden, daß der Großbetrieb dem handwerksmäßigen Betrieb im Bäckereigewerbe grundsätzlich überlegen ist. Es wird anzustreben sein, das Verhältnis zwischen Großbetrieb und handwerksmäßigem Betrieb bei der Zusammenlegung nicht wesentlich zu verschieben. Da wo Zusammenlegungen von Bäckereien sich als notwendig ergeben, wird mit Vertretern der Großbäckereien und mit Vertretern der handwerksmäßigen Betriebe, insbesondere mit der zuständigen Bäckereiinnung, nach Möglichkeit die Durchführung einer freiwilligen Zusammenlegung angestrebt werden; ferner wird darauf hinzuwirken sein, daß den berufenen Vertretern der in den Bäckereien beschäftigten Arbeiter bei allen Zusammenlegungen Gelegenheit zur Äußerung und zur Wahrnehmung der Interessen gegeben wird. Bei diesen Verhandlungen wird auch festzustellen sein, wie die stillgelegten Betriebe zu entschädigen sind.“

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß die Befürchtungen, im Verfolg der Zusammenlegungen würde an eine Wiederaufhebung des Nachtbrotverbotes gedacht, durchaus unzutreffend sind. Seitens der Reichsleitung wird nach wie vor an dem Nachtbrotverbot festgehalten, und sie kann es auch nicht billigen, wenn Ausnahmen von dem Nachtbrotverbot zu dem Zweck bewilligt werden, um eine stärkere Konzentration des Bäckereigewerbes zu ermöglichen.“

Das Nachtbrotverbot vor dem bremischen Parlament.

Auf Anregung unserer Bremer Ortsverwaltung hat die sozialdemokratische Bürgerfraktion beim Bürgeramt folgenden Antrag eingebracht:

Die Bürgerfraktion ersucht den Senat, die Polizeidirektion mit einem Bericht darüber zu beauftragen, durch welche Maßnahmen sich die strengere Innehaltung der das Nachtbrotverbot für Bäckereien betreffenden Bestimmungen sichern läßt.

Ferner darüber, ob es sich empfiehlt, die Sonntagsarbeit in den Bäckereibetrieben zu verbieten.

Die Ursache hierzu war, daß von der Organisation festgestellt wurde, daß die vorgezeichnete Betriebszeit nicht eingehalten wird. In einem Zeitraum von knapp zwei Monaten wurden 39 Betriebe bei der Gewerbeinspektion zur Anzeige gebracht, die alle länger gearbeitet haben, als zulässig war. Konnten doch Fälle festgestellt werden, wo Betriebe schon morgens um 3 bis 4 Uhr anfangen zu arbeiten und auch des abends um 11 bis 12 Uhr noch arbeiteten.

Trotzdem nun eine große Anzahl von Anzeigen gemacht wurde, mußte immer wieder festgestellt werden, daß der Unfug nicht nachließ, sondern immer schlimmer wurde. Betriebe, die bis zu achtmal angezeigt wurden, überdritten immer wieder die Betriebszeit. Von all den zur Anzeige gebrachten Fällen erfuhr wir nur in einem Falle, daß eine Verurteilung eingetreten ist und ein Fall von der Staatsanwaltschaft abgelehnt wurde.

Die Sache erweckte also bei allen Beteiligten den Eindruck, daß recht wenig von seiten der maßgebenden Behörde unternommen wird; deswegen soll sich einmal die Bürgerfraktion mit der Angelegenheit befassen, damit endlich einmal

festgestellt wird, ob und welche Schritte von der Behörde in der Angelegenheit unternommen sind. Dann werden die Verhandlungen die Polizeibehörden aber auch etwas aufmuntern, so daß den Bäckermeistern die Lust zur Wiedererlangung des Nachtbrotverbotes schon vergehen soll. Lassen wir den Leuten heute schon freie Bahn, dann werden sie recht bald wieder Gesinnung an der Nachtarbeit gefunden haben und die Zahl der Gegner des Nachtbrotverbotes vermehren helfen, uns unsern Kampf um ein menschenwürdigeres Dasein aber sehr erschweren.

Sodann soll aber auch ein Vorstoß gemacht werden, um uns von der Sonntagsarbeit zu befreien. Auf unsere Eingabe vom Juli vergangenen Jahres ist uns der bremische Senat heute noch die Antwort schuldig. Der bremische Senat denkt ferner, daß den Bäckergehilfen keine sechsstündige Arbeitswoche gehört; der Handwerkerkammer hat man unsere Eingabe wohl vorgelegt, sie wurde aber von unsern Herren Bäckermeistern, wie nicht anders zu erwarten war, abgelehnt. Als Begründung wurde angegeben, daß viele Bäckermeister zum Militär eingezogen seien, sich aber in der Garnison befänden und dann am Sonntag ihr Brotbacken würden und dadurch ihr Geschäft aufrechterhielten. Auch eine recht eigentümliche Begründung. Als wenn man am Sonntag für die ganze Woche Brot backen könnte.

Fest steht, daß, während im Reich die Sonntagsarbeit gewaltig abgenommen hat, sie in Bremen gestiegen ist. Die Steigerung innerhalb des Zeitraumes eines Jahres ist eine sehr große. 1916 hatten 18 pZt. aller Betriebe und 28 pZt. der Beschäftigten noch Sonntagsarbeit. 1917 arbeiteten aber schon 38,4 pZt. der Betriebe und 44,2 pZt. der Beschäftigten Sonntags. Dagegen muß nun einmal Front gemacht werden. Wir werden bei Friedensschluß überschüssige Arbeitskräfte genügend haben, so daß die Bäckermeister wohl in der Lage sind, ihre Arbeiten ohne Sonntagsarbeit machen zu lassen. Erfolgt keine gesetzliche Regelung, dann wird es schwere Kämpfe mit der Gehilfenschaft geben. Auch wir Bäcker wollen sechs Tage arbeiten und am siebten Tage ruhen.

Die beiden Anträge werden in der nächsten Bürgerfähigkeitsversammlung verhandelt; wir werden unsern Kollegen an dieser Stelle einen eingehenden Bericht darüber geben, wie sich das Parlament der bremischen „Republik“ zu den berechtigten Forderungen der Bäckerarbeiter stellt.

Gewerkschaften und preussische Landtagswahlreform.

Ein konservativer Landwirtschaftsbündler hat geäußert, der Arbeiter interessiere sich für ein Stück Wurst mehr als für die preussische Wahlrechtsreform. Mit dieser Einschätzung der Intelligenz des „gemeinen Mannes“ dokumentiert sich dieselbe bornierte Juristengesinnung, wie sie in dem janusgesichtigen Diktum: „Vox populi, vox diabolica!“ höchstalltugend zum Ausdruck gekommen ist. Allerdings konzentriert sich heute zunächst das unmittelbare Interesse der fähigsten berufenen Arbeitermassen auf die Frage: „Was sollen wir essen?“ — Die hamsternen Selbstverleugung und die macherischen Schieber und Schleihändler leiden nicht an Unterernährung.

Indessen muß doch selbsterkennend gesagt werden, daß große Teile der arbeitenden Bevölkerung, auch gewerkschaftlich organisierte, die volle staatspolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung einer Demokratisierung des preussischen Landtages immer noch nicht begriffen haben. Zweifellos hat dazu die von der modernen Arbeiterbewegung unter dem ermattenden Einfluß einer unfruchtbarsten Prinzipienreiterei lange geübte Abstinenz gegenüber dem „verfaulenden Dreiklassenparlament“ reichlich beigetragen. Jahrzehntlang ist es arbeiterteils als eine unbeachtliche Größe betrachtet worden, womit die agrarischen Verbände und die ihnen feilschenden Industriellen freudig einverstanden waren. Sie haben währenddem ihre Position systematisch befestigt. Die Fraktion der Agrarkonservativen hat sich seit der 14. Legislaturperiode (1870/82) bis zur gegenwärtigen von 110 auf 148 Mitglieder vergrößert, obgleich gleichzeitig die Bedeutung des „platten Landes“ gegenüber den Städten und Industriebezirken außerordentlich zurückging. In die Fraktionen der frei-konservativen und der nationalliberalen Partei sind immer mehr ausgeprägte Vertreter des scharfmacherischen Programms des Zentralverbandes der Industriellen aufgenommen. Das sind jetzt die Hauptfronten gegen die Regierungsvorlage, obwohl sie das „Gerrenhaus“ als Prellbock gegen die Demokratie ausbauen will. Die Zentrumsfraktion nahm ein paar Arbeiter als Konfessionsschulzen auf, die linksliberale Gruppe der Volkspartei tat das nicht einmal. Seit 1908 hat ein kleines „Fähnlein Sozialdemokraten“ Eingang in das Haus an der Prinz-Wredt-Straße gehalten — „aber was ist das unter so viele?“ 10 unter 148! Das langt nicht einmal zur Stellung eines selbständigen Antrages, geschweige denn ein initiatives Vorgehen. Die Vermögens- und Einkommensentwicklung in Preußen hat die Wahl von unabhängigen Arbeitervertretern zum Landtag immer mehr erschwert, und wenn nun das gleiche Wahlrecht, ohne jede Rücksicht auf Besitz, Einkommen oder sonstige Sonderprivilegien, nicht zur Anerkennung gelangt, dann werden die Kriegsteilnehmer die preussische Gesetzgebung am stärksten beherrschen.

Schon die Tatsache, daß der preussische Staatshaushalt mit einer höheren ordentlichen Einnahme rechnet als selbst der Reichshaushaltsplan — für 1918 sind die ordentlichen preussischen Staatseinnahmen auf 6 538 836 278 veranschlagt! — beleuchtet die außerordentliche Bedeutung einer direkten, ihrer Kapazität entsprechenden Beteiligung der breiten Volksmassen an der Gesetzgebung und Verwaltung des preussischen Staates. Die Beeinflussung der Reichsgesetzgebung durch Preußen auf dem Wege der stärksten Vertretung im Bundesrat ist im allgemeinen bekannt, wird aber unserm Crochets von breiten Volksschichten keineswegs hinreichend gewürdigt. Die preussischen Bundesratsvertreter werden in ihrem Wirken direkt beeinflusst durch nicht misverständliche Instruktionen der allen volkswirtschaftlichen Reformen abholden Landtagsmehrheit. Das haben die demokratisch gesinnten Volksvertreter im Reichstag bei den wichtigsten gleichberechtigten Aktionen deutlich genug zu spüren bekommen. Ob es sich da um die Ausgestaltung des bürgerlichen

Rechtes, um das Strafrecht, die Wirtschaft- und Sozialgesetzgebung, nicht zuletzt um das den Gewerkschaften besonders nahegehende Vereins- und Versammlungsrecht handelt, stets wurde den durchgreifenden Reformanträgen vom Bundesrat ein hartes „Nein!“ entgegengesetzt. Daß Preußen der Vater aller dieser Hindernisse war, ist gelegentlich selbst regierungsgewaltig eingestanden worden. Alles, was wir im Reich und Staate an ausnahmsweise Maßnahmen und ihnen sinnverwandten Verordnungen erlebt haben und noch erleben müssen, fand und findet im preussischen Landtage seinen Ausgangspunkt und seine Stütze. Die „echten Preußen“ haben nicht von ungefähr aus ihrer Sympathie mit den „echten Russen“ kein Hehl gemacht.

Darum sind gerade die Gewerkschaften aus einer Reihe sehr triftiger Gründe, die im einzelnen noch besonders beleuchtet werden können, außerordentlich interessiert an einer Demokratisierung des preussischen Landtagswahlrechts. Es sei vornehmlich hervorgehoben, daß der preussische Staat auch ein Unternehmen größten Stiles ist. Auf dem Gebiete des Verkehrswezens steht er mit der Größe seiner Unternehmung sogar an der Spitze in der Welt. Für das Etatsjahr 1918 sieht die Eisenbahnverwaltung die Beschäftigung von 419 606 Beamten, Hilfsbediensteten und Arbeitern vor, für die an Gehältern, Löhnen usw. die Miesenausgabe von 988 259 Millionen Mark etatifiziert ist. Nach dem Betriebsbericht für 1916 sind damals allein 235 770 Lohnarbeiter — darunter 39 183 weibliche — beschäftigt gewesen. Zahlreiche Branchen sind darunter vertreten: Mechaniker, Elektrotechniker, Maschinenbauer, Schlosser, Dreher, Schmiede, Holzarbeiter, Lederarbeiter, Maurer, Zimmerer usw. Noch immer sträubt sich die Verwaltung gegen die Einführung mit den Gewerkschaften abgeschlossener Tarifverträge und findet damit natürlich den Beifall der Privatunternehmer im Zentralverband. Dem Ministerium für öffentliche Bauten ist das Bauwesen und die Wasserwirtschaft (Binnenschiffahrtstraßen) unterstellt, es hat darum starken Einfluß auf die Verhältnisse der Bauarbeiter und der Mannschaften in der Binnenschiffahrt. Eine Mitwirkung von Vertretern der Arbeiterorganisationen bei der Regelung in den fraglichen Betrieben ist bisher noch stets unterblieben. Dem Tarifgedanken wäre eine sehr breite Bahn gebrochen, wenn sich die staatlichen Verwaltungen dazu verstanden, ihn in ihren Betrieben rücksichtslos anzuerkennen. Diese Anerkennung verweigert auch immer noch grundsätzlich die Verwaltung der staatlichen Gruben, Hütten, Salzwerte und Salinen, in deren Anlagen vor dem Kriege schon über 100 000 Arbeiter tätig waren. Der preussische Staat ist auch der größte montanindustrielle Unternehmer Europas, und würde die Befehrlung der fiskalischen Verwaltung zur rücksichtslosen Anerkennung der Gewerkschaften zweifellos der „schweren“ Zedens-, Eisen- und Stahlindustriellen bedeuten. In umfangreichem Maße betätigt sich der preussische Staat ferner als landwirtschaftlicher Unternehmer. Die Zahl der auf den fiskalischen Domänen und in den gleichen Forsten beschäftigten Land- und Forstarbeiter ist auch eine recht bedeutende, bestimmte Angaben werden darüber leider nicht gemacht. Aber schon die Mitteilung, daß der Fiskus für das Etatsjahr 1918 aus seinen Domänen und Forsten einen Reinertrag von 140,6 Millionen Mark erwartet, 31,9 mehr als im Vorjahre, kennzeichnet auch diese staatliche Verwaltung als eine volkswirtschaftlich sehr wichtige. Hier sei hervorgehoben, daß der Fiskus für 1918 aus seinem Holzverkauf infolge der „regenden Holzpreise“ (!) eine Einnahme von 175 Millionen Mark plant, noch 31,4 Millionen mehr als 1917, womit der Fiskus eingeseht, an der ungeheuerlichen Verteuerung des Holzes für Bauten, Möbel usw. kräftig mitzuwirken! Die enorme Erhöhung des eingesehten Reingewinns läßt aber nicht darauf schließen, daß den Land- und Forstarbeitern entsprechend erhöhte Lohnentnahmen zuzuführen sollen. Wie denn überhaupt mit der unwürdigen rechtlichen und sozialen Lage der Land- und Forstarbeiter und vornehmlich des „Gesinde“ erst aufgeräumt werden wird, wenn die feudale Mehrheit im Dreiklassenparlament mit diesem verschwindet.

Man darf ferner nicht übersehen, und daran sind die Gewerkschaften am unmittelbarsten interessiert, daß die Ausführung der wichtigsten reichsgesetzlichen Arbeitergesetzte den Landeszentralbehörden überlassen sowie diesen die Kontrolle der gewerblichen Betriebe unterstellt ist. Das Thema der preussischen Gewerbeinspektoren ist ein Kapitel für sich und kein zufälliges für die Arbeiterchaft. Vergeblich hat das sozialdemokratische Fähnlein im Landtage bei jeder Staatsberatung eine zeitgemäße Reform der amtlichen Gewerbeinspektion durch die Zuziehung von Hilfsinspektoren aus der Arbeiterchaft verlangt. Der preussische Bürokratismus, bekräftigt durch die zahlreichen privatkapitalistischen Interessen im Dreiklassenparlament, hat diese gewerbepolizeiliche Reform hartnäckig verweigert. Lehnt auch die ausreichende Einstellung von weiblichen Inspektoren ab, obgleich die gewerbliche Frauenarbeit immer größere Dimensionen annimmt. Auch gegen die Bestellung von Bautenkontrolluren aus den Reihen der Bauarbeiter sträubt sich die Verwaltung der öffentlichen Bauten auf das Festigste. Ueberall Stagnation, wenn nicht gar Rückschritte auf diesem für unser Volkwohl so eminent wichtigen Gebiete.

Bei dieser Sachlage müssen es die Gewerkschaften als ihre Aufgabe betrachten, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden und zurzeit geeigneten erscheinenden Mitteln den Kampf für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Landtagswahlrecht für Preußen nachdrücklich zu unterstützen. Hier handelt es sich in der Tat nicht um eine rein preussische Angelegenheit, sondern um eine Lebensfrage der Arbeiter Deutschlands! Der Vater aller Hindernisse gerade auf den Gebieten, die unsere Gewerkschaften zunächst angehen, muß verschwinden. Die Regierungsvorteiler haben sich jetzt entschieden für das gleiche Wahlrecht erklärt. Unsere Gewerkschaften sind berufen, die Lanter- und Scharfmachertrunde brechen zu helfen, wenn sie nicht anders will.

Verbandsnachrichten.

Ordnung.

Vom 18. bis 28. März gingen bei der Hauptkassette des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Februar: Striegau M. 18,50, Harburg 22,78, Meisen 18,05, Solingen 60,47, Freiburg 181,72, Mannheim 143,30, Karlsruhe 7,80, Walzenburg 34,98, Ludwig-Obeln 39,65, Sagan-Soran 55,90, Amberg 22,12, Nürnberg 654,97, Straubing 40,55, Kaiserlautern 4, Darmstadt 23,88.

Von Einzeltägern der Hauptkassette: E. L. Hamm i. M. M. 14.

Für Abonnements und Annoncen: F. O. Berlin M. 9.

An die Hauptkassette für Kriegshilfsmarken gesandt: F. O. (im Felde) M. 2, F. G. und Sch. (im Felde) M. 2, D. G. und Kollegen der Feld-Bäckerei-Kolonne III, M. 5.

Mit der Hauptkassette restituieren für Februar: Apolda, Danzig, Eisenach und Oldenburg. Abrechnung ohne Geld gesandt: Weiswasser und Brandenburg. Der Hauptkassierer: D. Freitag.

Aus den Bezirken.

Regensburg. Die Adresse des Vorsitzenden ist: Hans Beer, Stadthof, Sand Wanggasse 13, 1. St., die des Kassierers: Baptist Ottenbacher, Schwibbögenstr. 3, 1. St. Volkshilfsmittel. Die Adresse des Vertrauensmannes ist jetzt: Max Rupprecht, Neue Weg 56.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Dresden. R. Kirsch, Bäcker, gefallen am 12. März.

Bezirk Herford i. W. Heinrich Klassing, Bäcker (Lemgo), 20 Jahre alt, gefallen.

Ehre ihren Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Lohnverbesserungen in Franzenstein. In der letzten Generalversammlung der Zählstelle wurde der Beschluß gefaßt, infolge der horrenden Teuerung wieder an die Meister wegen Teuerungszulage heranzutreten. Einige Meister sahen sofort ein, daß die Forderung gerechtfertigt ist und bewilligten ihren Gehilfen M. 2 beziehungsweise M. 3 pro Woche. Nach weiteren Ansuchen und Verhandlungen waren sich die Meister einig, unsern Ansuchen Rechnung zu tragen. Danach erhielten nun vier Kollegen je M. 3, ein Kollege M. 2, und ein Kollege M. 1 Zulage. Im ganzen erhalten sechs Kollegen M. 15 wöchentlich mehr Lohn und können damit einigermaßen ihren Lebensunterhalt wieder verbessern, was selbstverständlich auch im Interesse der Meister und des Gewerbes liegt.

Korrespondenzen.

Fabrikbranche.

Cassel. Am Freitag, 22. März, fand in Stadt Hannover eine von zirka 40 Personen besuchte Versammlung der in der Hohenloheischen Nahrungsmittelfabrik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Pariesekretär Strube referierte über: „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation“. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den einfindigen, gediegemen Ausführungen des Referenten. In der Diskussion forderten noch Kollegen zum Eintritt in unsern Verband auf, und wir konnten auch elf Aufnahmen buchen. Nun aber so weiter, Ihr Arbeiter und Arbeiterinnen in der Hohenloheischen Nahrungsmittelfabrik! Bezahlt regelmäßig eure Beiträge, besucht unsere Versammlungen und veranlaßt auch noch die vielen uns fernliegenden unter Euch, sich unserer Organisation anzuschließen, damit recht bald alle der dort 300 Beschäftigten mit uns Schulter an Schulter kämpfen für Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Aus Unternehmerrreisen.

Bäckeri.

Obermeister Brögger, Hannover, tot. Am 11. März starb nach kurzer Krankheit der Obermeister der Hannoverschen Bäckerinnung, Wilhelm Brögger. Die Innung und der Zweigverband Nord-West verlieren in ihm eine hervorragende Persönlichkeit; durch sein Tatkraft und seine vornehme Gesinnung erfreute sich Brögger auch in den der Innung fernstehenden Kreisen allgemeiner Achtung und Beliebtheit. Auch wir können sagen, soweit wir mit ihm in Verhandlungen kamen, daß er immer ein ehlicher Kaffler war, der die Dinge und Menschen nahm, wie sie in Wirklichkeit sind. Speziell in der Kriegsbeschädigtenfürsorge für den Bezirk Nord-West unseres Berufes gab er sich mit uns gemeinsam die redlichste Mühe, hier etwas Vernünftiges zu schaffen; leider ist ihm nun nicht vergönnt, den Erfolg seines Wirkens zu sehen. Möge es der Innung möglich sein, an Bröggers Stelle einen ebenbürtigen Erben zu finden, einen Mann, der die Zeichen der Zeit versteht; denn die Gegenwart und die nächste Zukunft unseres Gewerbes machen in wirtschaftlicher Beziehung großen Weiblich notwendig. Wir wollen auch hoffen, daß das verhältnismäßig gute Einvernehmen, das zwischen unserer hannoverschen Ortsverwaltung und dem Obermeister Brögger bestand, für die Zukunft als ein Erbe seiner Zeit weiter erhalten bleibe und noch mehr gute Früchte trage.

Gewerkschaftliche Rundschau.

k. Bauarbeiterverbandstag. Der zweite ordentliche Verbandstag des Münchener Bauarbeiterverbandes tagte vom 11. bis 16. März in Nürnberg. Er war von 110 Delegierten, den Gaulögern und 6 Vorstandsmitgliedern besucht. Der Verbandstag hatte eine Fülle wichtiger Aufgaben zu lösen. Die ersten beiden Tage wurden ausschließlich von den Geschäftsberichten und von der sich daran anschließenden Diskussion. Verbandsvorsitzender Paepplow besprach dabei auch die Kriegspolitik der Gewerkschaften, wie sie die Zentralvorstände und im besonderen die Generalkommission ausführte. Er erklärte, er könne der Gesamtpolitik der Generalkommission nur beistimmen und bereite, daß diese Politik des 4. August 1914 auch weiterhin zur Durchführung komme, weil sie das einzig Vernünftige sei, was man machen könne. Die Aussprache drehte sich in der Hauptsache um die Kriegspolitik der Gewerkschaften. Die Auseinandersetzung, die sich manchmal in lebhaften Bahnen bewegte, war mehr parteipolitisch als gewerkschaftlich. Der Verbandsvorstand stellte sich rücksichtslos hinter die Politik der Generalkommission. Dies billigte auch die Mehrheit der Redner, die die Politik der Gewerkschaftsführer und der sozialdemokratischen Partei entschieden verteidigte, da sie im Interesse der Arbeiterklasse liege. Die Vorsitzenden der Copplation waren Reichstagsabgeordneter Hüttemann-Frankfurt a. M. und Landtagsabgeordneter Paul Hoffmann, Berlin; auf der anderen Seite verteidigten besonders Winnig und Silberchmidt, Berlin, die Politik der Gewerkschaften.

Im Schlußwort betonte Paepplow, daß die Gewerkschaften die Politik des 4. August selbstverständlich nur solange mitmachen, wie sie der Arbeiterschaft nützlich ist. Im selben Augenblick, wo wir auf große Hindernisse stoßen, werden wir eine andere Politik einsehen und die Regierung aufs Schärfste bekämpfen.

Der Verbandstag sprach dann dem Verbandsvorstand und der Redaktion gegen drei Stimmen Entlassung aus. Zu dem Punkt „Beisetzungsfrage“ referierte Silberchmidt. Er untersuchte, ob eine Verlängerung des Kampfes mit der Interessensvertretung der Kollegen übereinstimmt und ihm zum Schluß, die Verlängerung zu empfehlen. Trotz vieler Bedenken stimmte der Verbandstag der Verlängerung des Kampfes bis 1919 auf der vereinbarten Grundlage zu.

Ueber „Wirtschaftliche und politische Neuordnung“ referierte Winnig. Er untersuchte, wie die Welt nach dem Kriege aussehen werde. Was sehe eine allgemeine Verarmung. Dann sei mit einer allgemeinen Verarmung der weltpolitischen Interessen und Beziehungen zu rechnen. Eine der größten und wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften werde sein, ein neues Gleichgewicht zwischen Arbeitelohn und Warenpreisen herzustellen. Das wird Kämpfe größeren Stils zur Folge haben. Kommt die Arbeiterklasse nicht zu ihrem Recht, verliert man ihr den Weg zum Aufwärts und Vorwärts, dann wird sich daraus eine von unserer heutigen Lektüre erheblich abweichende Führung des Kampfes mit Notwendigkeit von selbst ergeben. Das mit Rücksicht auf nahe Zukunft wird das Zeitalter der Arbeit sein. Und wir, die Arbeiterklasse, werden berufen sein, eine neue Ordnung heranzuführen.

Das Ergebnis der Sitzungenberatung war, daß der Verbandstag im wesentlichen dem Statutenentwurf des Vorstandes zustimmte. Eine größere Auseinandersetzung gab es über den Verbandsbeitrag. Es wurde von Versauer Delegierten verlangt, daß dem Beitrag der ganze Zuschuß, nicht nur seine Vorstände, angehören, und die Mitglieder des Rates auf den Bezirkskongressen gewählt werden. Mit großer Mehrheit beschloß jedoch der Verbandstag im Sinne der Vorlage. Danach besteht der Beitrag aus dem Beitrag des Verbandsauschusses, dessen Stellvertreter, und aus den Bezirksbeiträgen. Die Bestimmungen über das Verbandsvermögen erhielten auf Vorschlag der Statutenberathungskommission die Ergänzung, daß, wenn ein Verein aus dem Verbandsverband austritt oder sich auflöst, das Verbandsvermögen der Hauptkasse zufällt. Der Verbandstag beschloß ferner, daß die Mitglieder des Verbandsauschusses nicht mehr von der Zahlstelle vom Sitz des Ausschusses, sondern vom Verbandstag gewählt werden. Das Eintrittsgeld wurde von 50 J auf 1 erhöht. Der Verbandstag lehnte die vom Vorstand vorgesehene Staffelung des Eintrittsgeldes nach dem Alter der Eintretenden ab. Die Beiträge werden nach der Vorstandsverlage festgesetzt. Sie richten sich nach dem Verdienst. Bei einem Familienlohn bis zu 50 J beträgt der Beitrag 50 J, bei einem Lohn von über 1 in der Stunde 1,10. Die Beitragspflicht gilt für 52 Wochen, anstatt bisher 44 Wochen im Jahre. Entsprechend dieser Neuregelung der Beiträge wurden auch die Unterstützungen erhöht. Das in neuem Jahre tritt am 1. Juli 1918 in Kraft. Der Verbandsvorstand wurde wiedergewählt.

Allgemeine Rundschau.

Der Arbeiterinnenverband hat im Vorjahre seine erste große Bundesversammlung in Form einer befristeten über das ganze Reich vertriebenen Bundesversammlung unternommen; er konnte, trotz der Ungunst der Kriegsverhältnisse, an einem Tage mehr als 12000 wandernde Arbeiterinnen auf die Beine bringen. Ueber 6000 jugendliche Weibskämpfer beteiligten sich an dem mit der Teilnahme beachtlichen einbezüglichen Dreikampf. In diesem Jahre soll am 7. Juli zum zweiten Male eine Bundesversammlung stattfinden, wiederum verbunden mit jugendlichen Weibskämpfen. Diesmal erhält die Veranstaltung über eine erhöhte Bedeutung dadurch, daß am gleichen Tage die Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Arbeiterinnenverbandes damit verbunden wird. Das Jubiläum des Bundes sollte ursprünglich durch ein in Leipzig, dem Sitz des Bundes, abzuhaltendes großes Arbeiter-Bundesfest gefeiert werden. Die während der Verhandlungen waren schon eingegangen und

großzügige Vorarbeiten im Gange. Da kam der Weltkrieg und schlug alle derartigen Unternehmungen zu Boden. Die nunmehr stattfindenden Bundesversammlungen geben Zeugnis von dem allmählichen Wiederaufleben der Arbeiterturnerei, die damit ihre Unverwundbarkeit und Erziehungsberechtigung erwiesen hat. Daran zu erinnern, signalisiert sich besonders die Opferzeit, wo wiederum Tausende von jungen Menschenkindern die Volksschule verlassen und in das Erwerbsleben eintreten. Wer da weiß, welche nachteiligen Folgen für die Gesundheit dieser Jahre Übergang aus der sorglosen Kindheit in den Kampf ums Dasein für die in der Entwicklung stehenden Körper der Knaben und Mädchen mit sich bringt, der wird die Aufforderung des Arbeiterturnerbundes zum Beitritt in seine Jugendabteilungen nur begrüßen und unterstützen. Bewegung in Luft, Licht und Sonne brauchen diese jungen Menschenblüten. Im Spiel und Turnen sollen sie ein Gegenmittel gegen die Schäden des Erwerbslebens finden und im Anschluß an Gleichgesinnte vor Verwundung bewahrt bleiben. Möchten sich dessen die Arbeiterkinder und Eltern stets eingedenk sein.

Das Brotgetreide der Selbstversorger. Der Bundesrat setzte durch eine Verordnung vom 21. März (Reichs-Gesetzblatt Seite 181) die Menge an Brotgetreide, die die Selbstversorger zu ihrer Ernährung verwenden dürfen, für den Kopf auf 6 1/2 kg monatlich fest, während sie bisher 8 1/2 kg betragen. Sie entsprechen nunmehr der der versorgungsberechtigten Bevölkerung für den Kopf zureichenden Menge. Die Maßnahme war aber unbedingt notwendig, um die Reichsgetreidestelle in den Besitz genügender Getreidemengen zu bringen, um die Gesamtbevölkerung aus den Vorräten alter Ernte bis zum Eingang genügender Zufuhren aus den besetzten Gebieten und aus der Ukraine so wie bis zum Einsetzen des Frühfrühschneee zu versorgen. Die Maßnahme ist als vorübergehende gedacht. Damit eine Wiederherstellung, wenn die Vorräte fast gestatten, unverzüglich vorgenommen werden kann, wurde die Maßnahme dem Reichskanzler (Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes) zur selbständigen Anordnung überlassen. Der „Schwerarbeitenden“ Landbevölkerung wird während der Pflanzzeit und während der Ernte Zulagen wie den städtischen Schwerarbeitern gewährt werden. Diejenige Menge, die die Landwirte auf Grund der neuen Verordnung abliefern, wird ihnen zu dem vor dem 1. März 1918 geltenden vollen Höchstpreis bezahlt, da sie kein Verschulden wegen der verspäteten Ablieferung trifft.

Reben von Manitoba-Weizen* in Frankreich. Die Versuche, Manitoba-Weizen in Frankreich anzubauen, haben, wie „Le Bourguignon“ vom 16. November meldet, für 1917 folgende Resultate ergeben: In 13 Departements war das Ergebnis mittelmäßig, in allen andern gut oder sehr gut. Manitoba-Weizen war anscheinend als Sommerweizen, brachte aber eine geringere Ernte als Winterweizen.

Neue Sachverhalte in den Vereinigten Staaten. Die „Times“ melden aus New York: Wilson wird in den nächsten Tagen eine Verordnung erlassen, derzufolge das Brot in einer bestimmten Größe und Zusammenstellung gehalten werden muß. Es wird aus ungemischtem Weizenmehl, abgerahmter Milch und mit weniger Zucker und Schmalz als bisher gehalten werden. Der Rohstoffkontrollkommission Hoover hofft, durch diese Brotzusammensetzung 100 Millionen Pfund Zucker, ebensoviel Schmalz und 600 000 Tonnen Mehl zu sparen. Das Ein-Pfund-Brot soll für 7 Cent verkauft werden.

Zur Frage der Weizenversorgung des Verbandes. Die Liverpool Post und Mercury vom 1. Februar berichtet, bezieht George Droomhall in den letzten Wochen „Corn Trade News“ die Weizenausfuhren wieder günstiger: Es wurde letzthin gemeldet, daß die Vereinigten Staaten voraussichtlich 90 Millionen Bushels Weizen in Form von Mehl bis zur nächsten Ernte an die Verbandsländer liefern könnten. Der nächste Commissionsbericht für Kanada berichtet, daß 40 Millionen Bushels für die Ausfuhr verfügbar sind. Diese 130 Millionen Bushels stellen, auf die Zeit bis zur neuen Ernte verteilt, eine Versorgung von 5 Millionen Bushels oder 600 000 Quartern dar. Wir können diese Ziffer auf eine Produktion von 500 000 oder selbst 400 000 Quartern ermäßigen, um nicht gar zu optimistisch zu schätzen. Dazu kommt noch der argentinische und der indische Weizen, so daß genügend Weizen für den Bedarf der Verbandsländer vorhanden sein wird. Allerdings müssen bei dieser Schätzung die U-Boot-Gefahr und der durch den starken Bedarf an Schiffraum für den Transport und die Verpflegung der amerikanischen Truppen noch verschärfte Mangel an Schiffen in Betracht gezogen werden, so daß man nicht auf die Zufuhr großer Mengen australischen Weizens rechnen kann.

* Manitoba ist eine fruchtbare Provinz Kanadas.

Eingegangene Bücher und Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 25. Heft vom ersten Band des 36. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Marx und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Von Heinz Cunow. I. — Die französische Kolonialpolitik. Von Ferdinand Mops. — Kunst, Volk und Staat. Eine Einigung von A. Kroll (Berichter der Generalkommission der Gewerkschaften im Theaterkassenverband). — Die Transportfrage und ihre Lösung. Von Ernst Neuhoff. — Aus unserer Reihe: Von Edgar Steiger (München). — Literarische Rundschau: Die Bulgaren in ihren historischen, ethnographischen und politischen Grenzen. Von Herrn Wendel. S. Bornmann. Die Arbeitsleistungen des Menschen. S. Kraus, Kriegsbeschäftigtenfürsorge. Von A. Wolz. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolonialisten zum Preise von 4 J. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 J. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Aufgaben von Reich, Staat und Gemeinde für Mutter und Kind. Unter diesem Titel ist soeben im Verlag der „Volkshilfe“-Druckerei, E. Graf & Co. in Bochum, ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Max König, Dortmund, im Druck erschienen, den dieser anlässlich der Hygiene-Ausstellung „Mutter und Kind“ im Alten Rathaus in Dortmund gehalten hat. Der Vortrag nimmt zu einer der brennendsten Fragen der Gegenwart vom Standpunkte der Arbeiterklasse aus Stellung. Die lesbare Schrift, die in einem Anhang wertvolles Material und einschlägige Zitate bringt, ist eine gediegene Grundlage für die öffentliche Erörterung des Mutter- und Säuglingschutzes. Der billige Preis von 30 J ermöglicht jedem die Anschaffung, der Interesse an diesen Fragen nimmt. Sie sei wärmstens empfohlen.

Spätestens am 30. März ist der 14. Wochenbeitrag für 1918 (31. März bis 6. April) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

- Freitag, 31. März:
Tübingen: 8 Uhr, „Deutsches Haus“. — Rültingen-Wilhelmshafen: Bei Sudenberg, Rültingen I, Peterstr. 86. — Saarbrücken 3: 6 Uhr, Bleichstr. 6.
Dienstag, 2. April:
Weiden: 8 Uhr bei Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 38. — Regensburg: 7 Uhr, „Schillerstraße“, Glockengasse 31.
Sonntag, 7. April:
Dortmund: 3 Uhr bei Schlosmacher, Steinstraße. — Reinfelden (Saar): 5 Uhr, Welleweiler Straße 88. — Saarlouis: 3 Uhr in „Dombergs Ansicht“.

Anzeigen.

Kurhaus in erstklassiger Lage (Kurgartenanlage) mit Restaurant, Kaffee u. Konditorei, in bekannter, trotz des Krieges gut besuchtem Solbade, sofort neu zu verpachten. Offerten mit Referenzen und Angaben über Vermögenslage unter Nr. 61 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. [A. 350]

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Derfuss, Schneidemeister, Heugasse 2, 1. Et.

Nationalkontrollkäse mit Totaladdition zu kaufen gesucht. Offerten unter J. W. 13 541 an d. Exped. d. Ztg. [A. 4]

Billige Besen! (Plasava-Ersatz), kaum zu unterscheiden, für Werkstatt, Wohnung, Stall, Hof, Garten, Straße usw. bestens bewährt. Millionem im Gebrauch. — Versand unfr. gegen Nachnahme: 1 Stück Mk. 6,95 Verpackung 2 „ „ 13,- frei! 1 Postpaket (6 Stück Inhalt) Mk. 39,- franko. Wiederverkäufer, verlangt Offerte! Exporthaus Adam Kosmalski, Berlin 151, Lindenstraße 106.

Aufforderung.

Zum Beschluß der am 19. Februar 1918 abgehaltenen Generalversammlung des „Fortschritt“, Zuckerwaren- und Schokoladenfabrik, e. G. m. b. H., Altona (Elbe), Langensfelder Straße 93, befindet sich die Genossenschaft in Liquidation. Sie wird am 1. Juli 1918 von der Großkaufgesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg, mit allen Aktiven und Passiven übernommen. Wir ersuchen deshalb alle Mitglieder der Genossenschaft, zwecks Regelung ihres Guthabens ihre jetzige Adresse baldigst bei unterzeichneten Liquidatoren einzureichen. Altona, 20. März 1918.

„Fortschritt“, Zuckerwaren- und Schokoladen-Fabrik, eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haft. in Liquidation. Die Liquidatoren: A. Friedemann, F. Gerken.